

Kreis Rendsburg-Eckernförde

1. kommunalpolitische Vertretungen
2. Landrat Ingo Sander
3. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister
4. Presse

Kreis Rendsburg-Eckernförde, 10.02.2025

Das Netzwerk der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Rendsburg-Eckernförde

Kreis Rendsburg-Eckernförde
Silvia Kempe-Waedt
Kaiserstraße 8, 24768 Rendsburg
T.: 04331 202400
gs@kreis-rd.de

Amt Dänischer Wohld
Anja Fiebelkorn
Karl-Kolbe-Platz 1, 24214 Gettorf
T.: 04346 91228
fiebelkorn@amtdw.landsh.de

Amt Eidertal
Sarah Buttenschön
Mielkendorfer Weg 2, 24113 Molfsee
T.: 04347 7201-594
S.Buttenschoen@amt-eidertal.de

Amt Hüttener Berge
Bonnie Spohr
Mühlenstraße 8,
24361 Groß Wittensee
T.: 04356 9949-106
gleichstellungsbeauftragte@
amt-huettener-berge.de

Amt Nortorfer Land
Iris Brücker
Niedernstr. 6, 24589 Nortorf
T.: 04392 401140
bruecker@amt-nortorfer-land.de

Amt Schlei-Ostsee
Nina Jeß
Holm 13, 24340 Eckernförde
T.: 04351 7379-130
nina.jess@amt-schlei-ostsee.de

Stadt Eckernförde
Annika Pech
Rathausmarkt 4 – 6,
24340 Eckernförde
Tel.: 04351 710-160
Annika.Pech@stadt-eckernfoerde.de

Stadt Büdelsdorf
Andrea Heinrich
Am Markt 1, 24782 Büdelsdorf
T.: 0151/51859369
a.heinrich@buedelsdorf.de

Gemeinde Fockbek
Britta Dahnke
Rendsburger Str. 42, 24787 Fockbek
T.: 04331 6677-29
b.dahnke@fockbek.de

Gemeinde Kronshagen
Monika Schulze
Rathausmarkt 7, 24119 Kronshagen
T.: 0431 5866-270
monika.schulze@kronshagen.de

Offener Brief zur Situation:

Frauenrechte und Gleichstellung sind wichtiger Bestandteil einer modernen und gerechten Gesellschaft

Sehr geehrte Damen und Herren,

ganz Deutschland steht durch internationale Krisen und Kriege, wirtschaftliche Transformationsprozesse und gesellschaftliche Verteilungskonflikte vor großen Herausforderungen, die auch im ländlichen Raum spürbar sind. Populistische und radikale Positionen erstarben.

Wir kommunalen Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Rendsburg-Eckernförde sind uns einig: Die aktuelle Situation darf nicht zum Rückbau von Frauenrechten und zum Abbau des Einsatzes für Geschlechtergerechtigkeit führen. Im Gegenteil: Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Verfassungsauftrag, den es nach wie vor umzusetzen gilt.

Warum ist das notwendig? Einige Beispiele¹:

- Von der Kinderbetreuung über die Hausarbeit bis zur Unterstützung pflegebedürftiger Angehöriger: Frauen übernehmen den überwiegenden Teil der unbezahlten Sorgearbeit – zu Lasten ihrer eigenständigen Existenz- und Alterssicherung. Eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben wird daher nur möglich sein, wenn unbezahlte Sorgearbeit fair zwischen den

¹ Hier schließen wir uns einer Positionierung des Deutschen Frauenrates an (vgl. <https://www.frauenrat.de/bundestagswahl-2025/>).

Geschlechtern umverteilt und professionelle Sorgearbeit aufgewertet wird.

- Überholte Rollenbilder, falsche Anreize in der Steuer- und Sozialpolitik und ungleiche Bezahlung – Frauen stoßen am Arbeitsmarkt auf die immer gleichen Hürden. Auch die steigende Nachfrage nach qualifizierten Fachkräften hat daran wenig geändert. Passende Rahmenbedingungen für die gleichberechtigte Erwerbsteilhabe von Frauen sind dringend an der Zeit.
- Frauen sind in Deutschland vor ihren (Ex-)Partnern nicht sicher. Körperliche und/oder sexualisierte Gewalt betreffen jede vierte Frau. Obwohl die statistisch belegte Gewalt Jahr um Jahr ansteigt, ist die Finanzierung der Frauenunterstützungsstruktur unzureichend, fehlen tausende Plätze in Deutschlands Frauenhäusern, sind Beratungsstellen chronisch überlastet und die Wartezeiten für einen Beratungstermin nach einer Vergewaltigung unerträglich lang. Der Schutz vor und die Prävention von Gewalt muss endlich gewährleistet werden

Um auf die spezielle Situation von Frauen hinzuweisen und deutlich zu machen, dass Gleichstellungsarbeit mit ihrem Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit auch 105 Jahre nach Einführung des aktiven und passiven Wahlrechtes von Frauen nicht obsolet ist, haben wir Kolleginnen im Netzwerk der kommunalen Gleichstellungsbeauftragten uns entschieden, gemeinsam vor der Bundestagswahl an demokratischen Aktionen im Kreisgebiet (wie Demonstration, Kundgebung, Flashmob) teilzunehmen.

Denn: Antifeminismus ist undemokratisch!

Mit freundlichen Grüßen



Silvia Kempe-Waedt

Stellvertretend für das Netzwerk der kommunalen

Gleichstellungsbeauftragten im Kreis Rendsburg-Eckernförde

